

Pressemitteilung

Immobilienwirtschaft zum Bündnis-Tag: „Es gibt einen echten Ruck im Kanzleramt – jetzt sind Länder und Kommunen am Zug“

Berlin, 25.09.2023 – Zum Bündnis-Tag im Kanzleramt reagiert die Immobilienwirtschaft vorsichtig optimistisch auf die heutigen Signale beim „Bündnis bezahlbarer Wohnraum“. Andreas Mattner, Präsident des Zentralen Immobilien Ausschusses (ZIA), kommentiert: „Ein neuer **Realismus beim Klimaschutz** und klare **steuerliche Entlastungs-Signale** zeigen: Die Gespräche der letzten Wochen haben sich gelohnt.“ Mattner weiter: „Es gibt heute einen echten Ruck, und es ist mehr herausgekommen als die erforderlichen Beschleunigungsmaßnahmen.“ Um den meisten der hunderttausenden Menschen, die vergeblich nach Wohnraum suchten, konkret Hoffnung machen zu können, brauche es noch mehr, so Mattner.

Ein wesentlicher Beitrag des Bundes sei eine **neue Abschreibungsmöglichkeit** („degressive AfA“), die Projektentwicklern wieder das Arbeiten ermögliche.

Der ZIA reagiert auch erfreut auf den **vorläufigen Abschied der Bundesregierung vom strengen Energieeffizienzstandard EH 40** beim Neubau; dies sei vor wenigen Tagen noch undenkbar gewesen. „Hier zeigt die Bundesregierung eine neue Bewegungsbereitschaft, die angemessen ist, weil wir die Klimaziele auch auf anderem Wege erreichen können“, analysiert Mattner. Und: Der Bund will in Städten und Kommunen mit angespannten Wohnungsmärkten den Bau von günstigem Wohnraum beschleunigen und eine **Sonderregelung** im § 246 des **Baugesetzbuchs** ermöglichen. „Diese kurzfristige Entscheidung ist eine wichtige Reaktion auf die immer dramatischere Lage am Wohnungsmarkt“, sagt Mattner.

Die Immobilienwirtschaft will mehr. „Der Bundeskanzler muss unter seiner Führung die Ressorts Bau, Finanzen und Wirtschaft/Umwelt in einem **Baukabinett** zusammenbringen, um an weiteren Stellen schnelle Reaktionen auf die dramatische Wohnungsnot umsetzen zu können.“ Der ZIA fordert ein **KfW-Programm** mit einem **Zinssatz von zwei Prozent**, um Investoren, die unter steigenden Preisen und hohen Zinsen zunehmend leiden, Bewegungsspielraum zu geben. „Das wird jetzt geprüft“, so Mattner.

„Länder und Kommunen verstärkt in der Pflicht“

Der ZIA sieht jetzt auch **Länder und Kommunen** verstärkt in der Pflicht. „Wohnungen werden nicht im Kanzleramt gebaut. Um die **Quote von 37 Prozent** staatlich verursachter Kosten am Gut Wohnen zu senken, müssen die Länder sich durchringen, die **Grunderwerbsteuer** deutlich runterzufahren, und zwar nicht nur fürs Eigentum, sondern gerade für Mietwohnungen“, drängt Mattner. Und: „Die Kommunen müssen endlich **Abstand nehmen von Abschöpfungsmodellen** – die Stadt München immerhin zeigt da mittlerweile Bereitschaft zu Bewegung.“

Bund, Länder und Kommunen sollen, so der Wunsch des ZIA, **in einer Konzentrierten Aktion** gemeinsam Verantwortung übernehmen für das „Giga-Thema Wohnraum“. Es brauche – ähnlich wie auf dem Höhepunkt der Pandemie – regelmäßig gemeinsame Runden.

Die Lage ist ernst: Bis 2025 werden in Deutschland voraussichtlich etwa 1,4 Millionen Menschen auf der Suche nach Wohnraum sein.

Der ZIA

Der Zentrale Immobilien Ausschuss e.V. (ZIA) ist der Spitzenverband der Immobilienwirtschaft. Er spricht durch seine Mitglieder, darunter 33 Verbände, für rund 37.000 Unternehmen der Branche entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Der ZIA gibt der Immobilienwirtschaft in ihrer ganzen Vielfalt eine umfassende und einheitliche Interessenvertretung, die ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft entspricht. Als Unternehmer- und Verbändeverband verleiht er der gesamten Immobilienwirtschaft eine Stimme auf nationaler und europäischer Ebene – und im Bundesverband der deutschen Industrie (BDI). Präsident des Verbandes ist Dr. Andreas Mattner.

Kontakt

ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e.V.

Leipziger Platz 9

10117 Berlin

Tel.: 030/20 21 585 23

E-Mail: presse@zia-deutschland.de Internet: www.zia-deutschland.de